Univ.-Prof. Dr. Spiros Paraskewopoulos
Direktor des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre der Universität Leipzig,
Professur Makroökonomik

Kritische Anmerkungen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik (Agenda 2010)



Dies ist die Dokumentation eines Vortrags von Prof. Spiros Paraskewopoulos.

Er wurde am 20. Oktober 2003 bei einer Podiumsdiskussion der Jusos Leipzig und der AfA Sachsen (Arbeitsgemeinschaft für ArbeitnehmerInnenfragen in der SPD) mit Ottmar Schreiner (MdB) zum Thema „Soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert“ gehalten.

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Weitere Informationen unter www.jusos-leipzig.de und jusos-leipzig@gmx.de.

1 Die Gründe für die Agenda 2010

1.1 Die chronische Arbeitslosigkeit

In der Tat ist es so, dass seit Jahren das Problem der Arbeitslosigkeit in Deutschland existiert. Dies betrifft allerdings nicht nur Deutschland sondern ist ein internationales Problem. Die Zahlen der Tabelle 1 bestätigen dies.

	Erwerbspersonen in Mio. und in %				Erwerbstätige in Mio. und in %				Arbeitslose in Mio. und in %			
	80	**90**	**00**	**02**	**80**	**90**	**00**	**02**	**80**	**90**	**00**	**02**
D:	27,95 (45,3)	30,80 (48,3)	40,33 (49,0)	40,55 (49,2)	26,89 (43,6)	28,92 (45,4)	36,44 (44,3)	36,49 (44,3)	1,06 (3,8)	1,88 (7,2)	3,89 (8,7)	4,06 (8,9)
B:	4,11	4,09 (41,0)	4,26	4,33 (41,5)	3,75	3,82 (38,3)	3,97	4,01 (39,1)	0,36 (8,8)	0,27 (6,6)	0,29 (6,9)	0,32 (7,3)
DK:	2,67	2,88 (56,0)	2,85	2,86 (53,3)	2,50	2,67 (51,9)	2,72	2,73 (50,8)	0,17 (6,5)	0,21 (7,2)	0,13 (4,4)	0,13 (4,5)
F:	22,97	24,49 (45,1)	26,52	26,77 (44,7)	22,01	22,38 (39,4)	24,06	24,44 (40,8)	0,96 (6,2)	2,11 (8,6)	2,46 (9,3)	2,33 (8,7)
I:	22,56	23,89 (42,1)	23,69	24,31 (42,0)	20,87	21,76 (38,4)	21,23	22,00 (38,0)	1,69 (7,5)	2,13 (8,9)	2,46 (10,4)	2,31 (9,5)
NL:	5,41	6,78 (45,4)	8,02	8,18 (50,9)	5,08	6,36 (42,5)	7,80	7,96 (49,5)	0,33 (6,1)	0,42 (5,9)	0,22 (2,8)	0,22 (2,7)
S:	4,32	4,55 (53,2)	4,41	4,46 (50,2)	4,23	4,47 (52,2)	4,16	4,24 (47,7)	0,09 (2,0)	0,08 (1,7)	0,25 (5,6)	0,22 (4,9)
UK:	27,06	28,94 (50,3)	29,38	29,61 (49,4)	25,33	26,94 (46,8)	27,79	28,21 (47,1)	1,73 (6,4)	2,00 (6,9)	1,59 (5,4)	1,40 (5,0)
J:	56,49	63,83 (51,7)	67,64	66,83 (52,6)	55,36	62,49 (50,6)	64,46	63,22 (49,8)	1,13 (2,0)	1,34 (2,1)	3,18 (4,7)	3,61 (5,4)
USA:	108,6	127,6 (51,0)	142,1	143,9 (50,0)	100,9	120,4 (48,2)	136,4	135,6 (47,1)	7,71 (7,1)	7,14 (5,6)	5,68 (4,0)	8,35 (5,8)

Tabelle 1
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Deutschland in Zahlen, Köln 2003 und eigene Berechnungen

1.2 Das schrumpfende Wirtschaftswachstum

Auch in diesem Jahr wird die deutsche Volkswirtschaft keine nennenswerten Wachstumsraten erreichen. Von 0,6% Wachstum im Jahre 2001 und 0,2% im Jahre 2002 konnten keine spürbaren Impulse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgehen. Auch im internationalen Vergleich schneidet Deutschland hier relativ schlecht ab. Die Zahlen in der Tabelle 2 bestätigen auch dies.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 1971 - 2002
Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate

	1971-1980	1981-1990	1991-2000	2000	2001	2002	BIP in Mrd. €	pro Kopf in 1.000 €
A:	3,6	2,4	2,8	3,5	0,7	0,7	214	26,2
B:	3,4	2,0	2,4	3,7	0,8	0,7	261	25,4
D (W):	2,8	2,3					1.868	27,2
D:			1,6	2,9	0,6	0,2	2.108	25,6
DK:	1,9	1,6	2,3	2,8	1,5	1,4	182	33,9
E:	3,6	2,9	2,7	4,2	2,7	1,8	678	16,9
F:	3,3	2,5	1,9	3,8	1,8	1,0	1.494	24,9
FIN:	3,6	3,1	2,1	5,5	0,7	1,6	139	26,8
GR:	4,6	0,7	2,3	4,2	4,1	3,6	139	13.1
I:	3,6	2,3	1,6	2,9	1,8	0,3	1.239	21,4
IRL:	4,7	3,6	7,2	10,0	5,7	3,7	123	31.7
L:	2,6	5,0	5,3	8,9	1,0	0,6	22	48,9
NL:	2,9	2,2	2,9	3,3	1,3	0,1	442	27,5
P:	4,7	3,3	2,8	3,7	1,7	0,4	127	12,6
S:	2,0	2,2	2,0	4,4	0,8	1,7	254	28,6
UK:	1,9	2,7	2,3	3,1	2,0	1,5	1.642	27,4
J:	4,5	4,1	1,4	2,4	- 0,6	- 0,7	4.176	32,9
USA:	3,3	3,2	3,2	3,8	0,3	2,3	10.998	38,2

Tabelle 2
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Deutschland in Zahlen, Köln 2003 und eigene Berechnungen

1.3 Die Engpässe bei der Finanzierung der Sozialsicherungs-systeme

Es wird immer wieder gesagt, dass inzwischen die Lasten des Sozialstaates überdimensioniert sind, so dass sie die Leistungsmöglichkeiten der deutschen Volkswirtschaft übersteigen. Hier möchte ich Einspruch erheben. Die absoluten Leistungsdaten Deutschlands bestätigen diese Behauptung nicht.

Die Wachstumsentwicklung in den Jahren 1971-2000 führte, trotz der mäßigen Wachstumsraten, die wir in der Tabelle 2 gesehen haben, zu einer Verdoppelung des realen BIP pro Kopf [ca. 12.500 € (1971), 25.000 € (2000)]. Mir leuchtet nicht ein, warum es heute - bei einer verglichen mit damals doppelten Leistung pro Kopf - Finanzierungsprobleme bei den sozialen Systemen geben sollte.

1.4 Die hohe Staatsverschuldung

Ein weiteres Argument, welches angeblich tiefgreifende Einschnitte notwendig macht, ist die hohe Staatsverschuldung. Die Frage die sich in diesem Zusammenhang stellt ist aber, mit welchen Kriterien stellt man fest, ob das Ausmaß der staatlichen Verschuldung zu groß oder zu klein ist ?

Diesbezüglich gibt es viele Vorstellungen und Empfehlungen. Eine davon ist das Kriterium der Vergleichbarkeit mit anderen Volkswirtschaften. Wenn man Deutschland im internationalen Vergleich anschaut, dann stellt man fest, dass die gegenwärtige Pro-Kopf-Verschuldung Deutschlands mit 15.560 € etwa im Durchschnitt der Länder der Eurozone liegt (Tabelle 3).

Entwicklung des Schuldenstands

	in % des BIP			Pro Kopf in €
	2000	2001	2002	2002
A:	68,8	67,3	67,9	17.780
B:	109,6	108,5	105,4	26.770
D:	60,2	59,5	60,8	15.560
E:	60,5	56,9	54,0	8.990
F:	57,2	56,8	59,1	14.870
FIN:	44,5	43,8	42,7	11.470
GR:	106,2	107,0	104,9	13.690
I:	110,6	109,5	106,7	22.820
IRL:	39,3	36,8	34,0	10.770
L:	5,6	5,6	5,7	2.890
NL:	55,8	52,8	52,6	14.470
P:	53,3	55,6	58,0	7.310
EWWU:	66,6	69,2	69,1	15.510
DK:	47,4	45,4	45,2	15.330
S:	52,8	54,4	52,4	14.990
UK:	42,1	39,0	38,6	10.580
EU(15):	63,9	63,0	62,5	14.710

Tabelle 3
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Deutschland in Zahlen, Köln 2003 und eigene Berechnungen

2 Die von Regierung und Opposition angeführten Ursachen für die bestehenden Probleme und die gezogenen Schlussfolgerungen

2.1 Die Lohn- und Steuerpolitik

Die Bundesregierung, die Opposition, die Mehrheit der Ökonomen und die Medien wiederholen ständig, dass die übertriebene gewerkschaftliche Lohnpolitik und die progressive staatliche Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte maßgebend zu der hohen Dauerarbeitslosigkeit beigetragen haben. Damit haben sie, so die Argumentation, die wichtigste finanzielle Quelle der umlagefinanzierten Systeme der sozialen Sicherung erheblich beeinträchtigt.

2.2 Die Globalisierung

Weiter wird immer wieder angeführt, dass der sich verstärkende Konkurrenzdruck im Welthandel sowie die zunehmende Mobilität von Kapital und hochqualifizierter Arbeit, die durch die hohen Lohnkosten und die hohen Sozialausgaben in Deutschland beschleunigt werden, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft minderten und mindern mit der Folge zunehmender Arbeitslosigkeit. So wird nach dieser Auffassung sichtbar, dass die hohen Lohnkosten sowie die bestehenden Systeme der sozialen Sicherung und des sozialen Ausgleichs in der bisher betriebenen nationalen Form nicht mehr haltbar sind. Die Zahlen zu den Exporten und den Weltmarktanteilen Deutschlands in Tabellen 4 und 5 bestätigen allerdings die angeführte Diagnose über die Wettbewerbsschwäche der deutschen Volkswirtschaft nicht.

Entwicklung der Exporte in Mrd. US $

	1991	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
D:	402,8	426,9	524,7	512,9	543,5	543,6	551,8	570,8	612,2
F:	217,1	250,6	305,5	302,1	320,6	324,3	324,9	321,8	329,5
I:	169,5	191,4	252,3	240,4	245,8	235,6	240,5	241,1	252,0
UK:	185,0	205,1	258,5	280,4	274,0	272,2	284,9	273,1	275,9
J:	314,8	397,0	410,9	421,0	387,9	419,4	479,2	403,5	416,0
USA:	421,7	512,6	625,0	688,7	682,1	692,8	781,1	730,8	693,5

Tabelle 4
Quelle: WTO, International Trade Statistics 2002 und World Trade Report 2003

Die führenden Exportländer 2002

	Exportanteile im Welthandel in %	Veränderung der Exporte 2001/2002
USA:	10,8	- 5%
D:	9,5	+7%
J:	6,5	+3%
F:	5,1	+2%
China:	5,1	+22%
UK:	4,3	+1%
Can:	3,9	- 3%
I:	3,9	+5%
NL:	3,8	+5%
B:	3,3	+12%

Tabelle 5
Quelle: WTO, World Trade Report 2003

2.3 Der übertriebene Sozialstaat

Ein weiteres Argument ist der Sozialstaat, der mit seiner angestrebten Solidarität zu große ökonomische Anreizschäden verursacht, zu schrumpfenden Einkommen führt und sich damit als nicht mehr finanzierbar erweist. Vor allem das dicht geknüpfte Netz Sozialnetz beeinträchtige die wirtschaftlichen Aktivitäten, verleite zu Missbrauch, dränge die Eigenverantwortung zurück und begünstige Trittbrettfahrer.

Diese Kritik richtet sich unüberhörbar hauptsächlich gegen **das Soziale Element** der Sozialen Marktwirtschaft, welches aufgrund seiner angeblichen Überdimensionierung die Leistungsfähigkeit der Akteure beeinträchtige und deshalb nicht mehr finanzierbar sei.

3 Eine kritische Stellungnahme zu den Begründungen und zu den Schlussfolgerungen

3.1 Abkehr vom Erfolgsmodell „Soziale Marktwirtschaft“

Der erste **Basisdenkfehler** der Bundesregierung und der Opposition allgemein ist, dass sie ignorieren, dass Deutschland nach dem Grundgesetz immer noch ein Sozialstaat sein muss und das Wirtschaftssystem immer noch **Soziale Marktwirtschaft** heißt.

Bekanntlich wurde die Idee der Sozialen Marktwirtschaft unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland kreiert. Sie ist von ihren Vätern - die keine Sozialdemokraten waren - als ein **„Dritter Weg“** zwischen Kapitalismus und Kommunismus verstanden worden. Man wollte damit bewusst den ungebändigten und fast jeglichen sozialen Elementen entbehrenden marktwirtschaftlichen Kapitalismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sowie die totalitären Zentralverwaltungswirtschaften, wie sie Stalin und Hitler in den dreißiger Jahren durchgesetzt hatten, endgültig beseitigen. Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft wollten auf der Basis einer **freiheitlichen und demokratischen politischen Ordnung** eine Synthese zwischen rechtsstaatlich gesicherter **wirtschaftlicher Freiheit** und den sozialstaatlichen Idealen der **sozialen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit** erreichen.

In dieser wirtschaftspolitischen Konzeption stand und steht der Begriff **„Marktwirtschaft“** für die wirtschaftliche Freiheit, die es den Konsumenten und Produzenten ermöglicht, ihre ökonomischen Aktivitäten nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Durch die wirtschaftliche Freiheit sind sie in der Lage ihre Fähigkeiten, ihre Arbeitskraft, ihr Geld- und Sachkapital nach eigener Wahl und eigener Verantwortung einzusetzen und die Konsequenzen dieser Entscheidungen zu tragen. Diese Freiheiten finden allerdings ihre Grenzen dort, wo die Rechte Dritter oder die verfassungsrechtliche Ordnung verletzt werden und die **Marktmechanismen aus welchen Gründen auch immer diesen Anspruch nicht erfüllen**.

Der Begriff **„sozial“** bringt zuerst zum Ausdruck, dass die Marktwirtschaft allein durch ihre Leistungsfähigkeit die Voraussetzungen für einen breiten Wohlstand schafft und damit das Soziale in sich trägt. Ihr besonderer sozialer Charakter beschränkt aber zugleich die Marktfreiheit dort, wo die Menschenwürde verletzt wird und **die Ergebnisse nach den Wertvorstellungen der Gesellschaft als nicht sozial genug erscheinen**.

In den letzten 50 Jahren hat man in der Bundesrepublik Deutschland auf der Basis einer mehr oder weniger dynamischen, leistungsfähigen und vielgestaltigen Wirtschaftsordnung ein vollständiges System materiellen und sozialen Schutzes für breite Schichten der Bevölkerung errichtet.

Diese Wirtschaftsordnung gilt nicht nur für die Länder der EU als Vorbild, sondern seit den politischen und ökonomischen Transformationsprozessen der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts auch für die osteuropäischen Transformationsländer.

Deshalb dachten und denken möglicherweise alle Bundesregierungen der letzten 20 Jahre wirtschaftspolitisch falsch, wenn sie versuchen die Ursachen des niedrigen Wirtschaftswachstums, der hohen Arbeitslosigkeit und der Engpässe bei der Finanzierung der Sozialsicherungssysteme durch eine ausschließliche **angebotsorientierte Wirtschaftspolitik**, die zum großen Teil nicht sozialmarktwirtschaftlich ist, zu bekämpfen. Diese Politik hat offensichtlich, wie die gegenwärtige Krise zeigt, nicht die erwarteten und auch von den meisten Ökonomen versprochenen Ergebnisse gebracht.

Hätte man deshalb nicht Grund genug - insbesondere unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung - über einen **Paradigmenwechsel** in der Wirtschaftspolitik nachzudenken?

3.2 Es wird (bewusst?) ein Wirtschaftssystemwechsel angestrebt

Um die breite Öffentlichkeit zu überzeugen, dass man einen Systemwechsel von der Sozialen zur freien Marktwirtschaft braucht, wird permanent eine pessimistische Stimmung erzeugt, indem die bisherigen Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft verschwiegen und die Argumente der Gegner der Sozialen Marktwirtschaft besonders betont werden.

So wird offensichtlich bewusst ignoriert, dass trotz niedrigem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit, Deutschland immer noch zu den reichsten Ländern der Welt gehört. Folgende Daten belegen diese Aussage:

(1) Es gibt ein sehr hohes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Dieses betrug 2002 in den Alten Bundesländern 27.200 €; ein Wert, der innerhalb der Europäischen Union nur von wenigen Länder übertroffen wird (siehe Tabelle 2).

(2) Dieses hohe Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wird bei der kürzesten Jahresarbeitszeit realisiert. In Deutschland wird der längste Jahresurlaub gewährt und werden durchschnittlich die wenigsten Stunden pro Jahr und Beschäftigtem gearbeitet (siehe Tabelle 6).

Leistungsindikatoren von Industrieländern im Jahr 2002

	BIP in Mrd. €	Beschäftigte in Mio.	Jahressollarbeitszeit in Stunden	Produktivität, BIP je Erwerbstätigenstunde in €
A:	214	3,78	1.720	32,91
B:	261	4,01	1.702	38,24
D:	2.108	36,75	1.579	36,33
D(W):	1.868	30,45	1.557	39,40
D(O):	240	6,30	1.685	22,61
DK:	182	2,73	1.650	40,40
E:	678	16,29	1.722	24,17
F:	1.494	24,44	1.605	38,09
FIN:	139	2,39	1.708	34,05
GR:	139	3,92	1.840	19,27
I:	1.239	22,00	1.720	32,74
IRL:	123	1,73	1.820	39,28
L:	22	0,28	1.784	44,04
NL:	442	7,96	1.670	33,25
P:	127	5,02	1.769	14,30
S:	254	4,24	1.710	35,03
UK:	1.642	28,21	1.693	34,38
CH:	286	3,95	1.844	39,65
J:	4.176	63,20	1.803	36,65
USA:	10.998	135,58	1.904	36,21

Tabelle 6
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Deutschland in Zahlen, Köln 2003 und eigene Berechnungen

(3) In Deutschland werden aufgrund der hohen Arbeitproduktivität die höchsten Bruttolöhne der Welt gezahlt. Im Jahre 2001 kostete im industriellen Sektor in den alten Bundesländern eine Stunde Arbeit durchschnittlich ca. 26 €. Die gleiche Stunde Arbeit erwirtschaftete im gleichen Jahr ca. 40 € (siehe Tabelle 6).

(4) Das materielle und soziale Infrastrukturnetz gilt als eines der besten der Welt.

(5) Die Konsumausgaben pro Kopf gehören zu den höchsten der Welt, obwohl zugleich über 130 Mrd. Euro jährlich gespart werden.

(6) Es werden die höchsten Umweltschutzausgaben getätigt.

(7) Es werden sehr hohe Exporte und Weltexportanteile erreicht (siehe Tabellen 4 und 5). Die deutschen Weltexportanteile sind in den letzten Jahren sogar gewachsen. Neuesten Zahlen zu Folge hat Deutschland inzwischen die USA als größte Exportnation abgelöst.

Das Letztere spricht vor allem für die starke Wettbewerbsfähigkeit und für den großen Wettbewerbsvorteil der deutschen Wirtschaft im Welthandel.

Ausgerechnet dieses bisher erfolgreiche Konzept einer Wirtschaftsordnung soll nach der Beurteilung der sogenannten Experten, der Bundesregierung, der Opposition und der Medien für die Bewältigung der heutigen Probleme nicht mehr geeignet sein.

Es werden vor allem die Ergebnisse, die Ausdruck des **Sozialen** Charakters des Systems sind, stark kritisiert. Die deutsche Volkswirtschaft kann sich angeblich das bisherige erfolgreichste Wirtschafts- und Sozialsicherungssystem der deutschen Geschichte nicht mehr leisten.

Diese einseitigen wissenschaftlichen und politischen Stimmen beeinflussen sehr geschickt mit Hilfe der Medien die breite Öffentlichkeit und tragen massiv zum Entstehen einer allgemeinen pessimistischen Stimmung in der ganzen Gesellschaft bei.

3.3 Die Realität der wirtschaftspolitischen Daten wird nicht wahrgenommen

Es wird allgemein behauptet, dass die Abgabenquote in Deutschland (Steuer- und Sozialabgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) eine Dimension angenommen hat, die die Dynamik des marktwirtschaftlichen Systems erheblich schwächt. Diese Behauptung ist schlichtweg falsch und wird auch durch permanente Wiederholung nicht wahr.

Laut OECD-Statistik wird Deutschland im Jahre 2001 mit einer Abgabenquote von 36,4% innerhalb der EU nur von Spanien (35,2%), Portugal (34,5%, 2000) und Irland (29,2%) unterboten. Schweden (53,2%), Dänemark (49,0%), Finnland (46,3%), Belgien (45,3%), Frankreich (45,4%), Österreich (45,7%) oder Italien (41,8%) haben teilweise eine erheblich höhere Abgabenquote als Deutschland (siehe Tabelle 7, aus: Deutschland in Zahlen, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln 2003).

Abgabenquote und Staatsquote

	Abgabenquote			Staatsquote		
	1980	**1990**	**2001**	**1980**	**1990**	**2002**
A:	40,3	40,4	45,7	48,1	48,6	50,5
B:	43,7	43,2	45,3	58,6	53,3	46,1
D:	38,2	35,7	36,4	47,9	43,8	46,1
DK:	45,4	47,1	49,0	56,2	56,0	50,8
E:	23,9	33,2	35,2	32,2	39,7	37,6
F:	41,7	43,0	45,4	46,1	49,3	49,4
FIN:	36,9	44,8	46,3	38,1	44,5	44,8
GR:	24,3	29,3	40,8	30,6	51,0	42,8
I:	30,4	38,9	41,8	41,9	53,1	46,3
IRL:	32,6	33,5	29,2	48,9	37,8	31,1
L:	43,0	40,8	42,4	-	41,2	42,5
NL:	45,2	43,0	39,9	55,8	49,4	42,9
P:	24,7	29,2	34,5	23,8	40,6	41,5
S:	48,8	53,6	53,2	60,1	56,4	52,6
UK:	35,1	36,8	37,4	43,0	41,8	38,9
CDN:	32,0	35,9	35,2	38,8	46,7	37,5
J:	25,4	30,1	27,1	32,0	31,3	37,6
USA:	27,6	26,7	29,6	31,8	33,6	31,9

Tabelle 7
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Deutschland in Zahlen, Köln 2003.

Zwischen 1991 und 2001 ist die Abgabenquote in Deutschland von 35,7% (1990) auf 36,4%, also um 0,7 Prozentpunkte gestiegen. Kann man damit glaubhaft von einer bedrohlichen Entwicklung der Kosten des Sozialstaates sprechen? Hätte man angesichts der Finanzierung der Lasten der deutschen Wiedervereinigung nicht sogar mit einer weit stärkeren Zunahme der Abgabenlast rechnen müssen? Insofern kann nicht ernsthaft behauptet werden, dass die im internationalen Vergleich relativ niedrige deutsche Abgabenquote von 36,4% die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems Deutschlands ernsthaft gefährdet.

Verglichen mit den meisten Staaten der EU ist Deutschland, wie die Zahlen zeigen, weit davon entfernt, die Aktiven in der Wirtschaft mit Abgabenlasten zu überfordern.

Das wirkliche Problem ist stattdessen die unterschiedliche Verteilung der Abgaben, also der Lasten. Das Problem der Finanzierung der Soziallasten besteht nicht in einer extrem hohen durchschnittlichen Abgabenbelastung, sondern in der extrem ungleichen Verteilung dieser Lasten.

Der Durchschnittsverdiener mit ca. 2.160 Euro Bruttolohn im Monat hat eine durchschnittliche Abgabenbelastung von ca. 40,6%, die durchschnittliche gesamtdeutsche Abgabenquote ist aber 36,4%.

Die überdurchschnittliche Belastung des Durchschnittsverdieners führt dazu, dass besonders in konjunkturschwachen Zeiten, in welchen die Arbeitslosigkeit steigt und die Wachstumsraten sinken, die Einkommen der Durchschnittsverdiener relativ und absolut abnehmen und somit Engpässe bei der Finanzierung der Sozialsysteme sowie bei der Konsumnachfrage entstehen.

Deshalb sollte man erwarten, dass eine sozialdemokratisch geführte Regierung eine Wirtschaftspolitik betreibt, die ordnungs- und prozesspolitisch die sozialen Institutionen nicht noch weiter zu Lasten des Durchschnittsverdieners verändert, indem sie massiv in das Umlagesystem eingreift und vom Durchschnittverdiener zusätzliche Abgaben abverlangt, wie zusätzliche private Vorsorge, was de facto eine Erhöhung der Sozialbeiträge bei insgesamt reduziertem Leistungsangebot der Sozialsysteme bedeutet.

Vielmehr wäre eine Wirtschaftspolitik angebracht, die alle Einkommensgruppen gemäß ihrer Einkommen prozentual möglichst gleich mit Abgaben belastet.

Eine solche Politik wird abgesehen von der Realisierung des Gerechtigkeitsanspruchs des Grundgesetzes konjunkturbelebend wirken, da durch die leistungsgerechtere Umverteilung der Lasten die Durchschnittsverdiener, die eine relativ hohe Konsumneigung haben, mehr verfügbares Einkommen behalten und ausgeben werden. Deshalb empfehlt sich in der gegenwärtigen Situation eine aktivere **Konjunkturpolitik im Sinne von Fiskalpolitik**.

3.4 Die angebotsorientierte wirtschaftstheoretische Konzeption ist für die Lösung der gegenwärtigen Probleme nicht geeignet

Das inzwischen vergessene, aber immer noch gültige Stabilitätsgesetz gibt der Bundesregierung sehr viele Möglichkeiten auch beschäftigungspolitisch aktiv zu werden.

Der Sachverständigenrat empfiehlt dagegen seit zwanzig Jahren eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die auch in einer Situation mit über 4 Millionen Arbeitslosen und einer durchschnittlichen Auslastung der sachlichen Produktionskapazitäten von ca. 83% Zurückhaltung des Staates hinsichtlich einer aktiven Beschäftigungspolitik und eine Verstärkung der Marktkräfte verlangt.

Wie sollen aber die Marktkräfte aktiviert werden, wenn bei einem Geldvermögen von ca. 3 Billionen Euro, bei niedrigsten Realzinsen und Inflationsraten aller Zeiten mäßig investiert, konsumiert und lebhaft gespart wird?

Nach der klassischen ökonomischen Theorie müsste in einer Situation, in der die Zinsen und das Preisniveau sehr niedrig sind, viel investiert und viel konsumiert werden, d.h. dank dem Zins- und Preismechanismus des Marktes müssten die Marktkräfte in diese Richtung aktiviert werden. Das ist aber trotz der bisher betriebenen angebotsorientierten Wirtschaftspolitik nicht der Fall.

Der Sachverständigenrat empfiehlt seit vielen Jahren den Bundesregierungen und den Tarifpartnern Mäßigung bei Steuererhöhungen und bei Lohnabschlüssen, da sonst die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft leiden würde.

Ein solches Leiden ist, wie die niedrige Abgabenquote und die immer neue Rekorde erreichenden Exportquoten zeigen, nicht sichtbar. Die rege Exporttätigkeit allein, so gut sie auch ist, schafft allerdings ohne Verstärkung der Binnennachfrage keine Vollbeschäftigung. Die nicht ausgelasteten Kapazitäten, d.h. das zusätzlich mögliche Angebot, müssen im Inland nachgefragt werden. Gerade diese Nachfrage, die für eine Vollbeschäftigung notwendig wäre, wird seit Jahren vom Marktmechanismus nicht gewährleistet, obwohl extrem niedrige Zinssätze und das entsprechende Geldeinkommen vorhanden sind.

Mit anderen Worten haben in diesem Fall nicht die sozial marktwirtschaftlichen Institutionen versagt, die gerade deshalb geschaffen worden sind, um den Schwachen in Krisenzeiten zu helfen und damit das gesellschaftliche System zu stabilisieren, sondern die Marktkräfte, die sich aus welchen psychologischen und sonstigen Gründen auch immer durch den Marktmechanismus nicht aktivieren lassen.

Hier handelt es sich um ein **Marktversagen**, welches durch die klassische ökonomische Markttheorie nicht erklärt wird. Auch diese Einsicht in der Vergangenheit über das potentiell mögliche Marktversagen war ein Grund, der zur Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft führte.

Man sollte also nicht so lange warten, bis der stockende Marktmechanismus irgendwann selbst eine Lösung anbietet, sondern bereits vorher wirtschaftspolitisch aktiv dafür sorgen, dass er, wenn er stockt, in Gang gesetzt wird.

Dies war auch eine der **Hauptthesen der Keynesianischen Prozesstheorie**, die in Deutschland in Vergessenheit geraten ist.

Nach dieser Theorie gibt es Situationen in marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften, in denen die Marktmechanismen aus ökonomisch unerklärlichen Gründen versagen. Hier ist von **Liquiditäts- oder Investitionsfallen** die Rede. Und dies gilt momentan meines Erachtens in Deutschland. Stellt man dies fest, dann ist die Politik gefordert. Sie soll allerdings die Marktmechanismen nicht abschaffen, sondern Mittel finden um sie zu aktivieren. In der gegenwärtigen Situation ist zur schnellen und wirksamen Bekämpfung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit ein Konjunkturprogramm angebracht und notwendig.

Der wirtschaftspolitische Weg, der sich momentan anbietet, wäre m. E. Beschäftigungspolitik, um die nicht ausgelasteten Kapazitäten zu erschließen. Dies wird zu konjunkturell bedingtem Wirtschaftswachstum führen, welches dann zu mehr Investitionen, zu mehr Wachstum und zu beschleunigter Beschäftigungszunahme führen kann. Dies wäre die richtige Reihenfolge einer ausgewogenen sozialmarktwirtschaftlichen und auch sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik.

Eine solche Politik wäre nicht die Lösung aller Probleme. Sie würde aber für Wirtschaft und Politik Mittel, Stimmung und Zeit schaffen, um die längerfristigen strukturellen Probleme, die es ohne Zweifel auch gibt (z. B. Bildungs-, Bürokratie-, Demographieproblem), allerdings ohne Panik und Untergangsstimmung, angehen zu können.